

ORH-Bericht 2010 TNr. 13

Unwirtschaftlicher Mehrfachbetrieb der E-Mail-Systeme

Jahresbericht des ORH

Seit 2005 haben die Rechenzentren (RZ Süd, RZ Nord und LKA) unabhängig voneinander eigene E-Mail-Systeme aufgebaut. Derzeit werden noch mehr als 160 E-Mail-Server außerhalb der Rechenzentren betrieben.

Der Mehrfachbetrieb der E-Mail-Systeme verursacht jährlich Mehrkosten von 1 Mio. €. Er sollte aufgegeben und die Betriebsverantwortung nur einem Rechenzentrum übertragen werden.

Der ORH sieht sich in seinem 2008 erstellten Gutachten zur IT-Konsolidierung bestätigt, dass die Konkurrenzsituation von zwei Rechenzentren den Erfolg der IT-Strategie behindert. Er empfiehlt erneut, ein organisatorisches „Rechenzentrum Bayern“ unter Steuerung des IT-Beauftragten der Staatsregierung zu schaffen.

Beschluss des Landtags

vom 9. Juni 2011
(Drs. 16/8905 Nr. 2 b)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht,

1. möglichst rasch die noch mehr als 160 dezentralen E-Mail-Server unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten zu vereinheitlichen und zu zentralisieren,
2. die beschlossene Schwerpunktbildung bei den Rechenzentren zügig umzusetzen und
3. über die Ergebnisse der organisatorischen Verbesserung und der Konsolidierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren zu berichten und dabei die Vor- und Nachteile eines organisatorisch einheitlichen "Rechenzentrum Bayern" darzustellen.

Dem Landtag ist zu den Nrn. 1. und 2. bis zum 30.11.2012 und zu Nr. 3 bis zum 30.11.2013 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums der Finanzen
vom 15. Januar 2013

Das Staatsministerium – die IT-Stabsstelle – stellt den aktuellen Sachstand dar.

(IT3-C 0001-004-71173/12)

Die Konsolidierung der E-Mail-Server auf der Basis von MS Exchange beim RZ Süd schreite kontinuierlich voran.

Von den derzeit noch dezentral betriebenen Servern seien 43 für eine Migration eingeplant.

Dennoch werden einzelne Organisationseinheiten weiterhin eigene E-Mail-Server betreiben müssen:

- Die *Vermessungsämter* seien jeweils mit einem Linux-Server ausgestattet, der u. a. auch den Mail-Dienst bereitstelle. Eine Migration auf die Exchange-Infrastruktur des RZ Süd rechne sich nicht.
- Die *Justiz* habe die Bereitstellung des Dienstes „E-Mail“ ganzheitlich an ein privates Unternehmen vergeben. Die beiden Rechenzentren seien nicht in der Lage, die Betreuung der Arbeitsplätze an mehr als 200 Standorten zu übernehmen.
- Die *Polizei* nutze E-Mail in erster Linie für die informelle Kommunikation. Der Betrieb der Exchange-Systeme sei in den letzten Jahren im Rechenzentrum der Polizei zentralisiert worden. Der Betrieb dieser Systeme solle im Rahmen der Neustrukturierung der Rechenzentren nochmals näher betrachtet werden.
- Die *Steuerverwaltung* verwende im Bereich der Finanzämter ein eigenentwickeltes E-Mail-System, welches integraler Bestandteil des Fachverfahrens UNIFA sei.
- Die Fachgerichte forderten aufgrund der Gewaltenteilung ein separates Netz, welches beim RZ Nord betrieben werde. Daher müssten auch die E-Mail-Systeme beim RZ Nord betrieben werden.

Die Schwerpunktbildung der Rechenzentren sei umgesetzt worden und werde weiter vorangetrieben.

Anmerkung des ORH

Der Mehrfachbetrieb der E-Mail-Systeme ist unwirtschaftlich und verursacht nach wie vor vermeidbare Mehrkosten. Die Konsolidierung der Systeme läuft jedoch nicht wie geplant. Der de-

zentrale Betrieb weitet sich sogar weiter aus.

Nach dem Bericht des Staatsministeriums soll derzeit die Migration von 43 Systemen geplant sein. Daraus geht jedoch nicht die Anzahl der Systeme hervor, welche seit dem Beschluss des Landtages vom 09.06.2011 tatsächlich migriert worden sind.

Es existieren heute immer noch dezentrale E-Mail-Systeme beim Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und beim Landesbeauftragten für den Datenschutz sowie im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen. Das System der Staatskanzlei befindet sich zwar formal in der Verantwortung des RZ Süd, verursacht als separates Einzelsystem jedoch zusätzliche Aufwände für Betrieb und Betreuung. In mehreren Bereichen wurden bis zuletzt neue Systeme beschafft.

Die Argumentation, dass einzelne Organisationseinheiten weiterhin eigene Systeme betreiben müssten, hält einer Nachprüfung nicht stand:

- Die dezentralen E-Mail-Systeme auf Linux-Basis der Vermessungsämter könnten auf einer zentralen Plattform beim RZ Süd betrieben werden.
- Die Postfächer der Justiz könnten auf der zentralen Plattform beim RZ Süd betrieben werden. Die Betreuung der Arbeitsplätze könnte von beiden Rechenzentren nach eigener Aussage vollständig übernommen werden. Dabei böten sich sogar besondere Einsparpotenziale an, denn die extern zu vergebenden Betriebsaufgaben könnten deutlich reduziert werden.
- Die Postfächer der Polizei könnten ebenso auf der zentralen Plattform beim RZ Süd betrieben werden, zumal sich die Nutzung von E-Mail bei der Polizei auf die informelle Kommunikation beschränkt.
- Die Postfächer im Bereich der Steuerverwaltung könnten ebenso auf der zentralen Plattform beim RZ Süd betrieben werden. Eine Eigenentwicklung für einen so stan-

standardisierten Dienst wie E-Mail sowie die aufwendige Integration in ein vorhandenes Fachverfahren sollte grundsätzlich hinterfragt werden.

- Die von den Fachgerichten geforderte, von der übrigen Verwaltung separierte E-Mail-Infrastruktur könnte unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls von einem Rechenzentrum zentral bereitgestellt werden.

Die Schwerpunktbildung der Rechenzentren sieht u. a. die Federführerschaft für E-Mail beim RZ Süd. Diese Regelung unterliegt jedoch einer Vielzahl an Ausnahmen und Sonderregelungen, so dass sie bisher kaum Auswirkungen auf den praktischen Betrieb hat. Dies sollte konsequent korrigiert werden. Das RZ Süd sollte für den Dienst E-Mail umfassend zuständig sein, unabhängig von den verwendeten Plattformen und Produkten. Hier böte sich z. B. eine zweigleisige Strategie mit einer Open Source-Lösung neben dem kommerziellen System an.

Der ORH sieht sich in seinem 2008 erstellten Gutachten zur IT-Konsolidierung bestätigt, dass die Konkurrenzsituation von zwei Rechenzentren den Erfolg der IT-Strategie behindert.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanz-
fragen**

vom 27. Februar 2013

Die Staatsregierung wird ersucht, die dezentralen E-Mail-Systeme unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten zeitnah in die staatlichen Rechenzentren zu migrieren, die Schwerpunktbildung konsequent umzusetzen und die Konsolidierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren voranzutreiben. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2013 zu berichten.